

## Hereinspaziert und abkassiert

Die Zahl der ausländischen Hartz IV-Bezieher erreicht die zwei Millionen Marke und dürfte noch deutlich höher ausfallen, wenn jene Personen berücksichtigt sind, die z.B. eine Maßnahme besuchen. Die Zahl der ausländischen Hartz-IV-Empfänger ist damit im vergangenen Jahr erneut sprunghaft gestiegen. Ende Juni bezogen 1.997.519 Ausländer in Deutschland die Sozialleistungen. Dies ist ein Anstieg von 25,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Darunter befinden sich rund 1,49 Millionen Erwerbsfähige, deren Zahl um 20 Prozent zunahm, und mehr als 507.292 Nicht-Erwerbsfähige, deren Wert um fast 45 Prozent anstieg. Ein Viertel der Hartz-IV-Bezieher stammt dem Bericht zufolge aus Syrien.

Viele Menschen haben vor 10 Jahren nicht verstanden, was wir Republikaner mit dem Slogan „Einwanderung in den Sozialstaat stoppen“ für eine massive Gefahr gesehen und angeprangert haben. Heute dürfte jedem klar sein, dass sich viele Zuwanderer die Reste unseres Sozialstaates zur Beute machen.



Wieder finden quer durch die Republik massive Proteste der Kurden statt. Aktuell stehen diese im Zusammenhang mit dem Konflikt der Türkei mit Syrien. Nach teils heftigen Ausschreitungen mit verletzten Polizisten bei einer Kurden-Demonstration in Stuttgart hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor weiteren gewalttätigen Protesten gewarnt. Man sehe in der Entwicklung in dem syrischen Konfliktgebiet ein "hohes Risiko für ein Aufflammen gewalttätiger Protestaktionen auch in Deutschland und Baden-Württemberg", teilte die Gewerkschaft öffentlich mit. Wir Republikaner sind der Ansicht, dass das Demonstrationsrecht nicht dazu genutzt werden darf, um fremdländische Konflikte auf deutschem Boden auszutragen.

## Armut und Lebenserwartung hängen zusammen

Arbeitslosigkeit verdopple das Sterberisiko, schlechtere Bildung erhöhe bei Männern sogar um etwa 30 Prozent früher zu versterben, ergab nun eine Studie im Fachblatt "BMJ Open". Bei Frauen seien die Unterschiede beim Einkommen weniger stark ausgeprägt. Arbeitslosigkeit und Bildung dagegen würden ähnlich schwer wiegen wie bei Männern, betonen die Forscher. Demnach ist das Risiko von Männern aus dem am schlechtesten verdienenden Fünftel, im Alter zwischen 30 und 59 Jahren zu sterben, um 150 Prozent höher als bei Männern aus dem am besten verdienenden Fünftel. Wie extrem Einkommen und Arbeitsstatus die Lebenserwartung mitunter beeinflussen können, zeigt die an der stärksten benachteiligten Gruppe der Männer in Ostdeutschland. Dort zählten 14 Prozent zur untersten Einkommens- und Bildungsschicht. Diese Gruppe hat im Vergleich zur höchsten Einkommens- und Bildungsschicht ein mehr als achtmal so hohes Sterberisiko.

## Amoklauf in Halle und die Folgen

In Halle wurden zwei Menschen getötet. Eine Frau starb an einer Straße unweit des jüdischen Friedhofs, ein Mann in einem Dönerimbiss. Zu den Tatorten zählt zudem die Synagoge auf dem Friedhofsgelände. Die Polizei fahndete vorübergehend nach mehreren mutmaßlichen Tätern. Verkehrswege waren großräumig gesperrt. Ein 27-jähriger Mann wurde als Tatverdächtiger festgenommen, der über eine Stunde nicht mehr räumlich von der Polizei zugeordnet werden konnte.

Inzwischen hat die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. Die Behörde sieht Anhaltspunkte für einen rechts-

extremistischen Hintergrund. Die Medien gingen hiervon teilweise direkt nach der Tat aus, obwohl auch eine islamistisch motivierte Tat durchaus möglich erschien. Über die beiden Opfer spricht nahezu niemand.

Der REP-Bundesverband gab zu dem Vorfall folgende Pressemitteilung raus:

Der Bundesvorstand der Partei DIE REPUBLIKANER verurteilt die Gewalttaten in Halle. Unabhängig von der Motivation des Täters hat sich erneut gezeigt, zu welchen schrecklichen Taten Fanatiker fähig sind. Diese Tat richtete sich nicht nur gegen jüdische Mitbürger, sondern gegen unsere Gesellschaft als Ganzes. Mit aller Entschiedenheit muss der Rechtsstaat auf

solche Taten reagieren. Dieser Anschlag reiht sich in eine Serie von Vorfällen ein, die in den letzten Jahren unser Land erschüttert haben. Islamisten, Rechts- oder Linksextremisten und andere Staatsfeinde sorgen nicht nur für den Verlust der inneren Sicherheit, sondern tragen auch unsere Freiheit zu Grabe. Deshalb positionieren wir Republikaner uns auch seit Jahrzehnten konsequent gegen jede Art von Extremismus. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Altparteien diese Vorkommnisse erneut nutzen, um zum Kampf gegen alle freiheitlich-konservativen Parteien aufzurufen oder ihnen an echter Teilnahme gelegen ist. Unser Mitgefühl gilt heute den Hinterbliebenen der Opfer.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Afghanistan: Lage der Bundeswehr immer gefährlicher

Insgesamt 1.200 Soldaten der Bundeswehr sind im Rahmen des seit 2015 geltenden UN-Mandats Resolute Support in Afghanistan stationiert, allein 1.100 davon nahe der Stadt Mazar-i-Scharif, im nach dem umliegenden Gebirge benannten Camp Marmal im Norden des Landes. Kämpfen sollen die Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan nicht, ihre Aufgabe ist es, die afghanischen Befehlshaber zu beraten. Im Lager, jedoch nicht im Feld. Die eigene Sicherheit geht vor.

Die Taliban haben in Afghanistan mittlerweile mehr Territorien unter ihrer Kontrolle als noch zu Beginn des Krieges vor 18 Jahren. Der Einfluss der Terroristen ist so groß wie nie zuvor — und ihr Vorgehen zunehmend aggressiver. Die Bundesregierung berichtete für Oktoberbeginn den „quantitativ höchsten Stand an sicherheitsrelevanten Zwischenfällen in diesem Jahr“.

Die Bundeswehr bestätigt gegenüber Business Insider diese Verschärfung der Sicherheitslage. Zwar sei das Stadtgebiet Masar-i-Scharif durch afghanische und internationale Sicherheitskräfte überwiegend kontrollierbar. „Die Präsenz bewaffneter, teilweise auch terroristisch agierender Gruppen sowie die Aktivitäten dieser können jedoch nicht vollständig verhindert beziehungsweise unterbunden werden“, sagt ein Sprecher des Einsatzführungskommandos.

Eine „ohne Vorwarnung erfolgende und deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage“ könne deshalb nicht ausgeschlossen werden. Doch für Sicherheitsexperten zeigt die sich an der verschärfenden Lage um Masar-i-Scharif, dass die Taliban ein Problem für die Bundeswehr werden können und auch diese demnächst gezielten Angriffen ausgesetzt sein könnte.

## Linke Abschiebungsverhinderung

Wer Linke wählt, der muss sich nicht über ausbleibende Abschiebungen wundern. Abgelehnte Asylbewerber müssen Deutschland wieder freiwillig verlassen oder werden ansonsten abgeschoben. So zumindest die Theorie. Bei fehlender Bereitschaft wird die Polizei ausgesandt, um die Abschiebung durchzusetzen. Die Beamten müssen oft nach den abgelehnten Asylbewerbern suchen. Zuerst suchen sie sie in deren Unterkunft. Im Mai dieses Jahres beendete Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) eigenmächtig diese bisherige Praxis. Sie verfügte, dass Polizisten die Asylunterkünfte nicht mehr betreten durften, sofern die Bewohner das nicht ausdrücklich erlaubten. Es kommt aber noch schlimmer, denn die Senatorin behauptete, die Polizei dürfe eine Unterkunft nur mit richterlicher Anordnung betreten. Innensenator Andreas Geisel (SPD) stellte sich dabei hinter die linke Abschiebungsverhindererin.

Dann wurde das Aufenthaltsgesetz im Bundestag geändert. Hiernach ist Polizisten explizit das Betreten einer Wohnung erlaubt, in der eine Person vermutet wird, die abgeschoben werden muss. Der Innensenator gab daraufhin seinen Beamten wieder grünes Licht. Die Linkspartei ließ nicht locker. Im Bundestag gab sie ein Rechtsgutachten in Auftrag, das dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ widerspricht und Senatorin Breitenbach zustimmt. Kaum wurde dieses Gutachten bekannt, da klagte auch schon der erste illegale Asylant. Der junge Mann aus Guinea wollte nicht öffnen, die Polizisten brachen die Tür auf und brachten ihn nach Tegel. Dort weigerte er sich, das Flugzeug nach Italien zu besteigen.

## Innenminister will Islamisten wieder aufnehmen

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius sieht Deutschland in der Pflicht, deutsche IS-Anhänger wieder aufzunehmen. "Es gehört aus meiner Sicht zur Glaubwürdigkeit des deutschen Rechtsstaates, dass wir Straftäter in einem ordentlichen Gerichtsverfahren hier in Deutschland verurteilen", sagte der SPD-Politiker in einem Interview. Das diese aber auch oftmals nach kurzer Haftzeit ihre Gesinnung nicht ablegen und weiterhin eine tickende Zeitbombe darstellen, scheint den Minister nicht zu interessieren.

## Jetzt Republikaner werden

### Ihre Unterschrift

MITGLIED WERDEN

Sag JA zu REP!

Unterschrift

für unsere Zukunft &gt;

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für  
Deutschland >



## Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

## Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder [kontakt@rep.de](mailto:kontakt@rep.de)

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf



## Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

**Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates** Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

| Aufnahmeantrag angenommen  |  |   |   | Interne Bearbeitung                               |
|--|--|---|---|---|
| <b>Kreisverband</b><br><hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/><br><hr/> Unterschrift | <b>Bezirksverband</b><br><hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/><br><hr/> Unterschrift | <b>Landesverband</b><br><hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/><br><hr/> Unterschrift | <b>Bundesverband</b><br><hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/><br><hr/> Unterschrift | Datum EG<br><br>EDV<br><br>Ausw.<br><br>Mitgl.nr. |

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.